

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1895**

20.11.1895 (No. 355 / I. Morgenblatt)

# Karlsruher Zeitung.

I. Morgenblatt.

Mittwoch, 20. November.

I. Morgenblatt.

№ 354.

Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einkaufsgebühr: die gestaltete Zeitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.  
Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Ztg.“ — gestattet.

1895.

## Amtlicher Theil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 30. Oktober d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem bisherigen Mitglied der Centralcommission für die Rheinisch-Niederländischen Wirtschaftlichen Staatsrat Dr. Asser, das Kommandeurkreuz 1. Klasse des höchsten Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Durch Entschließung Großh. Zollverwaltung vom 7. November d. J. wurde der mit Besetzung der Zollverwalterstelle in Baghdad betraute Steuerkontrolleur Albert Elert zum Zollverwalter in Baghdad ernannt.

Durch Entschließung Großh. Zollverwaltung vom 7. November d. J. wurde Hauptamtsassistent Friedrich Buch beim Hauptsteueramt Karlsruhe in gleicher Eigenschaft zur Revision bei der genannten Direktion ernannt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 11. November d. J. wurde Gütereceptor Karl Bässinger in Mannheim unter Ernennung zum Stationsverwalter nach Oberlauringen und Expeditionsassistent Hermann Bränner in Rehl zur Besetzung einer Gütereceptorstelle nach Mannheim veretzt.

Mit Entschließung Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen vom 13. November d. J. wurde Expeditionsassistent Heinrich Rüdinger in Heidelberg nach Mosbach veretzt.

## Nicht-Amtlicher Theil.

Vortrag des Präsidenten des Finanzministeriums bei Vorlage des Staatsvoranschlags für die Jahre 1896 und 1897 am 19. November 1895.

Im Allerhöchsten Auftrag Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs habe ich die Ehre, Ihnen den Staatsvoranschlag für die Jahre 1896 und 1897 zur Prüfung und Zustimmung vorzulegen.

Die aufwärts gehende Bewegung in unserem Staatshaushalt, die seit Anfang der 80er Jahre einsetzte, hat bekanntlich mit der Budgetperiode 1890/91 ihr Ende gefunden. Schließen bis dahin die ordentlichen Budgets regelmäßig mit Einnahmeüberschüssen ab, die durch die Rechnungsergebnisse meist noch um ein Vielfaches übertrieben wurden, so sind wir seit dem Jahr 1892, das wir deshalb als das kritische Jahr bezeichnen dürfen, in eine Periode der Ausgabeüberschüsse, der Staatshaushaltsmäßigen Unterbilanzen eingetreten. Zeigte sich, entsprechend den günstigen Rechnungsabläufen, seit 1884 ein ständiges Anwachsen des umlaufenden Betriebsfonds, der in dieser Zeit von einer Summe von 8,4 Millionen Mark auf den ungewöhnlich hohen Betrag von 27,4 Millionen Mark am Schluß des Jahres 1891 anstieg, so sehen wir diese Betriebsüberschüsse von dem kritischen Jahr 1892 ab rasch zusammenschmelzen, derart, daß bis zum Schluß des Jahres 1894 bereits eine Einziehung bis auf den Betrag von 15,3 Millionen Mark festzustellen, im laufenden Jahre eine weitere Minderung, im kommenden Jahre aber die völlige Aufzehrung dieser Betriebsüberschüsse bis auf den für die ordnungsmäßige Fortführung des Staatshaushalts notwendigen eisenen Betriebsfond in der durch das letzte Finanzgesetz festgesetzten Höhe von 9,5 Millionen Mark zu gewärtigen ist. Kein zahlenmäßig ausgedrückt verläuft die Bewegung unseres Staatshaushalts seit 1884 so, daß in den 8 Jahren 1884/91 der ordentliche Etat nach den Rechnungsergebnissen Ueberschüsse abwarf im Ganzen von 39 636 105 M. und daß nach Bestreitung der außerordentlichen Ausgaben in diesem Zeitraum mit im Ganzen 20 125 552 M. immer noch Ueberschüsse in der Höhe von 19 510 553 M. verblieben sind. Im Gegensatz zu dieser Jahresreihe weist erstmals der Staatsvoranschlag der Budgetperiode 1892/93 im ordentlichen Etat einen Fehlbetrag von 6,4 Millionen Mark, im ordentlichen und außerordentlichen Etat zusammen einen solchen von 15,9 Millionen Mark und der tatsächliche Rechnungsabluß für 1892/93 einen Fehlbetrag von 8,9 Millionen Mark auf, der aus den Ueberschüssen früherer Jahre gedeckt werden mußte; und schließlich der Staatsvoranschlag der letzten Budgetperiode 1894/95, ungeachtet der zur Sanierung des Staatshaushalts unternommenen Maßnahmen, immer noch mit einem Fehlbetrag von 3,2 Millionen Mark im ordentlichen, von 10,1 Millionen Mark im ordentlichen und außerordentlichen Etat ab. Allerdings wird auch in der mit diesem Jahr ablaufenden Budgetperiode das tatsächliche Rechnungsergebnis ein wesentlich günstigeres sein, als der Staatsvoranschlag annahm; das Rechnungsjahr 1894 weist im ordentlichen Etat statt eines veranschlagten Fehlbetrags von 1,4 Millionen Mark einen Ueberschuß von rund 280 000 M. auf und das Rechnungs-

jahr 1895 wird aller Voraussicht nach ebenfalls im ordentlichen Etat ohne Fehlbetrag abschließen. Aber — und dies bitte ich wohl zu beachten — die Betriebsüberschüsse früherer Jahre werden, hingesehen auf die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats, demnächst völlig aufgebraucht sein, diese Reserve also mit dem Eintritt in die neue Budgetperiode zur Deckung vorhandener Fehlbeträge und nicht mehr zur Verfügung stehen.

Die Ursachen dieses Umschlags in der Gestalt und unserer Staatshaushaltswesens seit 1892 sind zu suchen einmal in der erheblichen Steigerung unserer ordentlichen Staatsausgaben, in welcher Hinsicht die durch die veränderte Beamtenbesetzung erfolgte Aufbesserung der Aktivitäts-, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenbezüge der Beamten und nachmals der Volksschullehrer, neben der reichlicheren Ausstattung der einzelnen Verwaltungszweige, besonders in's Gewicht fällt; sodann in dem Rückgang unserer Staatseinnahmen um nahezu 2,5 Millionen Mark jährlich als Folge der im Jahr 1892 beschlossenen Herabsetzung der direkten Steuern; zum dritten und nicht zum wenigsten in der Verschlechterung unserer finanziellen Beziehungen zum Reich, von dem wir noch 1892 eine Summe von 847 641 M. über unsere Matritularbeiträge hinaus überwiesen erhielten, während 1893 die Hinauszahlungen Badens an die Reichskasse einen Betrag von 1 906 477 M., im Jahr 1894 einen solchen von 2 030 987 M. erreichten; so daß also in dem Zeitraum von wenigen Jahren eine Verschiebung zu unseren Ungunsten in der Höhe von fast 3 Millionen Mark jährlich eingetreten ist. Diese Verschiebung hauptsächlich erklärt es, daß — ungeachtet der auf dem letzten Landtag beschlossenen Erhöhung der Einkommensteuer um rund 1,3 Millionen Mark, ungeachtet einer um rund 1 Million Mark höheren Veranschlagung der indirekten Steuern im Budget 1894/95 und ungeachtet einer Abminderung des Zuschusses aus allgemeinen Staatsmitteln zur Eisenbahnschuldentilgungskasse um 1 Million Mark — es gleichwohl nicht gelungen ist, den Gleichgewichtszustand im letzten Budget herzustellen, vielmehr, wie oben bemerkt, immer noch ein erheblicher Fehlbetrag verblieb. Die Herbeiführung eines günstigeren Budgetabschlusses war zudem nicht wenig dadurch erschwert, daß die Gelassung der Novelle zum Beamtengesetz vom 9. Juli 1894, die für die mittleren und unteren Abtheilungen des Gehaltsstufens eine ansehnliche und abermalige Aufbesserung ihrer Einkommensbezüge brachte, schon den Etat des Jahres 1895 erheblich belastet hat.

Bei der Aufstellung des Ihnen jetzt vorgelegten Etats für die Jahre 1896/97 war leitender Gedanke und Richtschnur, daß thümlich der Fehlbetrag im ordentlichen Etat zum Verschwinden gebracht werden müsse. Freilich wird, da wir auf lange Zeit hinaus mit einem namhaften außerordentlichen Etat zu rechnen haben werden, durch die bloße Herstellung des Gleichgewichtszustandes im ordentlichen Budget noch kein befriedigender Zustand geschaffen; diesen gewährt offenbar nur ein solcher Abschluß des ordentlichen Budgets, daß sich ein nennenswerther Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben ergibt; denn nur dann werden die zumuthlichen Rechnungsergebnisse von hinreichender Größe sein, um auch für die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats Deckung zu gewähren. Wollte man bei der Aufstellung des ordentlichen Etats dauernd von anderen Grundrissen sich leiten lassen, so würden wir in absehbarer Zeit mit einer völligen Aufzehrung der Vermögensbestände der Amortisationskasse rechnen müssen, während doch die Inanspruchnahme der Nothreserve der Amortisationskasse, wenn sie auch in den nächsten Perioden nicht hintangehalten werden kann, nur mit größter Zurückhaltung geübt werden sollte.

Dieses Ziel der Wiederanbahnung geordneter Zustände im Staatshaushalt ist im Budget für 1896/97 insoweit erreicht worden, als es gelungen ist, den Gleichgewichtszustand im ordentlichen Etat annähernd herzustellen, freilich nur unter Zuhilfenahme von Maßnahmen, die auf den ersten Blick vielleicht nicht durchweg einwandfrei erscheinen, für die ich aber doch insgesammt die finanzpolitische Verantwortlichkeit übernehmen zu können glaube. In erster Reihe steht hier die Herabminderung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldentilgungskasse aus allgemeinen Staatsmitteln um den Betrag von 750 000 M.; in zweiter Reihe die vorläufige Aushebung der eigentlichen Matritularbeiträge aus unserem Ausgabeetat und deren Verweisung auf besondere Deckungsmittel; in dritter Reihe die Veranschlagung der Ausgaben für Gehalte und Wohnungsgelder in einem der Wirklichkeit näher kommenden, d. h. in einem gegenüber der bisherigen Veranschlagungsweise wesentlich herabgesetzten Betrag. Daneben ist von vorteilhaftem Einfluß auf den Abschluß des ordentlichen Etats allerdings auch der Umstand gewesen, daß eine Ausgabeerhöhung der Aufwandssetats in einem Umfang, wie er in den letzten Budgetperioden zu Tage getreten ist, hintangehalten werden konnte. In ungünstiger Weise dagegen ist die Budgetaufstellung beeinflusst worden dadurch, daß einzelne Einnahmequellen der Steuerverwal-

tung, insbesondere die Biersteuer, nur sehr geringe Mehrerträge, zum Theil wie die Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungsabgabe und die Justiz- und Polizeigebühren sogar Rückschläge gegen die Vorjahre aufweisen, und daß aus diesem Grund das gesammte Nettoprodukt der Steuerverwaltung diesmal nur mit einer Jahresziffer von rund 567 000 M. im Etat erscheint. In Folge dieses Ausfalls an einzelnen Steuergattungen wäre — ungeachtet der oben erwähnten Vorkehrungen — immer noch ein erheblicher Fehlbetrag im ordentlichen Etat verblieben, wenn nicht ein günstigerer Abschluß des Einnahmetats der Domänenverwaltung, insbesondere auch in Folge einer möglich gewordenen höheren Veranschlagung der Einnahmen aus dem Erlös unserer Waldprodukte und zwar in der Höhe von rund 650 000 M., sich hätte erzielen lassen.

Im Einzelnen möchte ich im Anschluß an das Gesagte Ihre Aufmerksamkeit namentlich auf folgende Punkte hinleiten: Als eine besonders wichtige Aufgabe erschien es der Großherzoglichen Regierung, nachdem die Herbeiführung geordneter finanzieller Beziehungen zum Reich im Sinne der geplanten Reichsfinanzreform vorläufig als gescheitert anzusehen ist, unsern Staatshaushalt von derjenigen Unsicherheit zu befreien, die durch die jahrweisen Schwankungen in der Höhe der Matritularbeiträge veranlaßt sind. Die Thatsache dieser Schwankungen wird durch die oben angeführten Zahlen hinreichend beleuchtet; und eine Sicherheit, daß in der Zukunft solche Schwankungen in minder empfindlicher Weise als seither zu Tage treten werden, ist zur Zeit nicht gegeben. Angesichts dieser mangelhaften Lage, die sich mit der guten Ordnung des Staatshaushaltswesens schwer verträgt, sieht sich die Großherzogliche Regierung veranlaßt, Ihnen den Vorschlag zu unterbreiten, solange das nach meinem Dafürhalten fest im Auge zu behaltende Ziel der Reichsfinanzreform nicht auf dem seither in Aussicht genommenen oder auf einem anderen Wege erreicht ist, in unserem Etat als feste Leistung an das Reich nur denjenigen Betrag einzustellen, der als Äquivalent unserer Biersteuerreservatrechts in Höhe von rund 1 Million Mark dem Reich zukommt, für die nach Abzug der Ueberschüsse zu zahlenden eigentlichen oder reinen Matritularbeiträge aber, entsprechend ihrem jeweiligen, durch das Reichsfinanzgesetz festgestellten Betrag, Deckung im Weg eines Zuschlags zur Einkommensteuer zu beschaffen, sofern nicht die reinen Matritularbeiträge nur in einer Höhe sich bewegen, daß deren Bestreitung unschwer aus laufenden Mitteln sich bewerkstelligen läßt oder aber in dem dem Umlagsjahr vorausgegangenen Rechnungsjahr sich gegenüber den veranschlagten Sollbeträgen der Ueberschüssen ein solches Plus ergibt, daß im Hinblick hierauf auf einen Steuerzuschlag — sei es überhaupt oder doch auf einen solchen in dem an sich durch die Höhe der Matritularbeiträge gebotenen Umfang — verzichtet werden kann. Angesichts des Zeitpunktes, in dem das Reichsfinanzgesetz erlassen zu werden pflegt, kann die danach etwa nötig werdende Zuschlagssteuer für das erste Jahr der Budgetperiode noch unter Ihrer Mitwirkung beschlossen werden; für das zweite Jahr der Budgetperiode, in dem der Landtag für die Regierung zur Erhebung eines solchen Steuerzuschlags durch die Kammern Vollmacht erhalten; den gegen eine solche Vollmachtserteilung etwa zu erhebenden Bedenken glauben wir dadurch Rechnung tragen zu können, daß wir diese Vollmacht zum Ausschreiben eines Steuerzuschlags auf die Einkommensteuer nur für einen nicht zu überschreitenden Höchstfuß von 25 Pfennig in Anspruch nehmen. Dieser Weg, der dazu dienen soll, der Schwierigkeiten in unseren finanziellen Beziehungen zum Reich Herr zu werden, und der uns der Möglichkeit entheben würde, die Zügel unserer innerstaatlichen Finanzpolitik durch den schwer voraussehbaren Gang der Reichsetatsabläufe gestört zu sehen — mag auf den ersten Blick Manchem unter Ihnen etwas ungewöhnlich erscheinen; aber die Großherzogliche Regierung ist zunächst außer Stande, einen andern, besseren, sicherer zum Ziele führenden Weg vorzuschlagen. Mindestens dürfte es geboten erscheinen, ihn für diese Periode und solange nicht unsere eigenen finanziellen Verhältnisse sich wesentlich gebessert haben, versuchsweise zu betreten.

Auch die Kürzung des Zuschusses der Eisenbahnschuldentilgungskasse um den erheblichen Betrag von 750 000 Mark erscheint vielleicht nicht ohne weiteres einwandfrei, sie findet aber in den günstigen Abschlüssen der Eisenbahnbetriebsrechnungen für 1892, 1893 und 1894 wohl hinreichend ihre sachliche Begründung und Rechtfertigung. Es hat nämlich die Eisenbahnschuldentilgungskasse, hingesehen auf die ihr zugeflossenen Betriebsüberschüsse und die Dotation aus allgemeinen Staatsmitteln, nach Bestreitung des Aufwandes für Verzinsung, planmäßige Schuldentilgung und Verwaltungskosten, Ueberschüsse geliefert, die sich belaufen:

im Jahr 1892 auf	553 476 Mark
" " 1893	4 883 674 "
" " 1894	3 189 490 "

Hierzu ein II. Morgenblatt.

Danach und bei der seit einiger Zeit wahrzunehmenden Belebung des Eisenbahnverkehrs darf, wie ich glaube, mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die um den Betrag von 750 000 Mark gekürzte Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse, die sich auch nach der Kürzung immer noch auf 2 000 000 Mark jährlich beläuft, für die nächste Budgetperiode ausreichend bemessen ist. Gegen eine noch stärker Einföhrung dieser Dotation spricht die muthmaßlich in den nächsten Perioden zu gewärtigende erhebliche Zunahme der Eisenbahnschuld als Folge der verstärkten Bauhätigkeit und die Unsicherheit der Behauptung des Verkehrsstandes auf seiner dermaligen erfreulichen Höhe; daraus erwächst mit Nothwendigkeit die Bethätigung einer gewissen Vorsicht in der Dotation der Eisenbahnschuldentilgungskasse, wie sie zu meiner Genugthuung auch der Landständische Ausschuß in seiner letzten Sitzung im Juni 1895 eindringlich empfohlen hat.

Durch die anderweite Veranschlagung der Aufwandspositionen für Gehalte und Wohnungsgelder ist eine Entlastung des Ausgabeetatsum 314 000 Mark herbeigeführt worden; da die Voranschlagsätze in Folge dieser anderweiten Veranschlagungsweise in größere Uebereinstimmung mit den muthmaßlichen wirklichen Rechnungsergebnissen gebracht worden sind, so wird diese Veranschlagungsweise wohl auf Ihre Zustimmung rechnen dürfen.

Indem ich nunmehr dazu übergehe, Ihnen das Bild des Staatsvoranschlags für 1896/97 in großen Umrissen vorzuführen, wollen Sie nochmals im Auge behalten, daß wir — entsprechend dem Etat für 1895 — mit einem Fehlbetrag von 1 784 733 M. für das Jahr in das neue Budget eintreten. Dieses neue Budget schließt nun aber im Gegensatz zu seinen beiden unmittelbaren Vorgängern erstmals wieder nahezu ohne Fehlbetrag im ordentlichen Etat ab. Es betragen nämlich für die beiden Jahre der kommenden Budgetperiode im ordentlichen Etat:

die veranschlagten Ausgaben	1 257 333 036 M.
Einnahmen	1 255 593 456 "
sonit Ausgabeüberschuß	1 39 580 M.
oder für ein Jahr	69 790 "

Mit Einbeziehung der Ausgaben des außerordentlichen Etats im Nettobetrag von 5 505 273 Mark ergibt sich allerdings ein Ausgabeüberschuß von im Ganzen 5 644 853 Mark; aber die budgetmäßige Besserung unserer finanziellen Verhältnisse ist immerhin Angesichts des Umstandes, daß der budgetmäßige Fehlbetrag für 1892/93 rund 16 Millionen Mark, für 1894/95 immer noch 10,1 Millionen Mark betrug, eine wesentliche, wobei freilich, wie sie wohl im Auge behalten mögen, in den Ziffern des Ihnen jetzt vorgelegten Budgets für die Zahlung eigentlicher Matrikularbeiträge an das Reich noch nicht enthalten ist und der Endabschluß des Budgets um den Betrag von 1 586 772 M. dadurch günstiger gestaltet werden konnte, daß die in dieser Höhe in früheren Jahren bezahlten Staatsbeiträge für Nebenbahnen nach unserem Vorschlag der Generalstaatskasse durch die Eisenbahnschuldentilgungskasse ersetzt werden sollen. Ohne diese Ersatzleistung würde der Gesamtfehlbetrag im ordentlichen und außerordentlichen Etat sich auf die Summe von 5 644 853 + 1 586 772 = 7 231 625 M. gestellt haben.

Fasse ich, wie früher, die Spezialetat des ordentlichen Budgets in zwei Gruppen zusammen, in die eigentlichen Aufwandsetat und in die Einnahmetats, d. h. die Etats der die eigentlichen Staatseinkünfte liefernden, Verwaltungszweige auf der anderen Seite und führe ich überall nur die Nettobeträge, d. i. die Ausgaben abzüglich der zugehörigen Einnahmen und die Einnahmen nach Abzug der Lasten, Verwaltungs- und Erhebungskosten an, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Aufwandsetat ergaben für 1895 einen Betrag von 29 801 690 M., ergeben aber für ein Jahr der nächsten Budgetperiode einen solchen von nur 29 318 448 M., d. h. 483 242 M. jährlich weniger.

Der Ertrag der Einnahmetats dagegen war für 1895 zu 28 016 957 M. und ist für ein Jahr der neuen Budgetperiode zu durchschnittlich 29 248 658 M. veranschlagt, d. h. zu 1 231 701 M. mehr.

Die beiden Gruppen des ordentlichen Etats ergeben daher zusammen gegenüber dem Etatjahr 1895 eine Verbesserung von 1 714 943 M. jährlich, die freilich nur eine scheinbare ist. Denn wenn Sie berücksichtigen, daß durch die oben erwähnten, besonderen Maßnahmen, die, wie ich ausdrücklich hervorheben möchte, nur eine einmalige, bei der künftigen Budgetaufstellung nicht mehr verfügbare Erleichterung gegenüber dem vorangehenden Budget darstellen — nämlich durch die Minderung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldentilgungskasse, durch die andere Veranschlagung der Ausgaben für Gehalte und Wohnungsgelder sowie durch die vorläufige Absetzung der Matrikularbeiträge — der Ausgabeetat um die Beträge von 750 000 M. + 314 084 + 424 310 M. = 1 488 394 M.

entlastet worden ist, so verwandelt sich die vorhin angegebene Minderung der Aufwandsetat in Höhe von 483 242 M. um in eine Steigerung des Aufwands von jährlich 1 005 152 M.

Danach schließt der gesammte ordentliche Etat bei genauerem Zusehen nicht, wie es auf den ersten Blick scheint, mit einer Verbesserung gegen 1895 von 1 714 943 M.

sondern, unter Berücksichtigung der durch die erwähnten besonderen Maßnahmen herbeigeführten Ausgabenminderung in Höhe von 1 488 394 M. nur mit einer Verbesserung von jährlich 226 549 M.

ab. Ja, der Etat für 1896/97 würde sogar noch um einige Hunderttausend Mark ungünstiger als der Etat für 1895 abgeschlossen haben, falls es nicht thöricht erschienen wäre, einen besonders günstigen Abschluß des Domänenetats, insbesondere durch höhere Veranschlagung der Einnahmen aus Waldungen, herbeizuführen.

Zu dem gleichen Ergebnis gelangen Sie, wenn Sie bedenken, daß die Einnahmetats in der kommenden Budgetperiode zwar um jährlich 1 231 701 M. günstiger, aber auch die Aufwandsetat thatsächlich um 1 005 152 M. höher abschließen als für 1895, wobei sich wiederum die vorstehende Summe von 226 549 M. ergibt.

Vertheilt nach Ministerien ergibt sich im Einzelnen: eine Verminderung der Ausgaben und zwar beim Staatsministerium um 562 682 M., beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten um 4 271 M., beim Finanzministerium um 488 235 M., bei der Oberrechnungskammer um 283 M.;

dagegen eine Steigerung der Ausgaben beim Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts um 314 258 M. und beim Ministerium des Innern um 257 971 M.

Daß das Staatsministerium jetzt, statt des für 1895 auf 4 201 879 M. veranschlagten Aufwands, für die nächste Budgetperiode nur einen solchen von durchschnittlich 3 639 197 M. hat, beruht in der Hauptsache darauf, daß die Matrikularbeiträge nicht im vollen, aus dem Reichshaushaltsetat für 1895/96 sich ergebenden Betrag in unsern Voranschlag eingestellt sind, daß ferner die Ueberweisungen aus der Reichskasse um rund 115 000 M. höher angenommen werden konnten.

Die Verminderung des Aufwands beim Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten im Betrage von 4 271 M. entfällt im Wesentlichen auf die Position für zusätzliche Erhöhungen zu außerordentlichen Belohnungen an technische Beamte.

Der um 488 235 M. günstigere Abschluß beim Aufwandsetat im Budget des Finanzministeriums hat seinen Grund darin, daß der Zuschuß der Staatskasse, an die Eisenbahnschuldentilgungskasse die erwähnte Ermäßigung um 750 000 M., nämlich von 2% auf 2 Millionen Mark, erfahren hat, daß ferner die Finanzverwaltung, die allgemeine Kassenverwaltung, und der Unterstützungs- und Belohnungsfond geringe Minderungen im Betrag von zusammen 39 356 M. aufweisen. — Diesen günstigeren Abschluß steht eine Steigerung der Ausgaben für Ruhegehälter und Hinterbliebenenversorgung der Beamten und Lehrer um 173 685 M., ferner eine Erhöhung des Aufwands bei der Hochbauverwaltung um 14 281 M. und bei der Holzverwaltung um 109 798 M. gegenüber. Bei Außerachtlassung der Ermäßigung des Zuschusses zur Eisenbahnschuldentilgungskasse mit 750 000 M. verwandelt sich infolge dessen im Etat des Finanzministeriums die erwähnte Minderungs Ausgabe von 488 235 M. in eine Mehrausgabe von 261 765 M., im Wesentlichen veranlaßt durch die steigende Belastung des Pensionsetats und den ungünstigeren Abschluß bei der Holzverwaltung.

In den Verwaltungszweigen, die dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts unterstellt sind, ist der Nettoaufwand für 1895 auf 9 948 106 M., dagegen für jedes der beiden nächsten Jahre durchschnittlich auf 10 262 364 M., also auf jährlich 314 258 M. mehr veranschlagt. Von diesem Mehraufwand trifft in runden Zahlen auf die Gerichte und Staatsanwaltschaften ein Betrag von 102 000 M., ferner auf die allgemeinen Ausgaben für die Rechtspflege 50 000 M., auf die Strafanstalten 16 000 M., das Unterrichtswesen (zugänglich einer Mindereinnahme) 138 000 M., auf den Etat der Wissenschaften und Künste 6 000 M. Was insbesondere den Mehraufwand von 138 000 M. für Unterrichtszwecke anbelangt, so sind hieran beteiligt die Hochschulen mit 44 000 M., die Gymnasien und Progymnasien mit 47 000 M., die Blindenerziehung und Taubstummenanstalten mit 14 000 M., die Realmittelschulen mit 28 000 M., die gewerblichen Unterrichtsanstalten mit 35 000 M.; diesen Mehraufwand steht eine Minderausgabe bei den Volksschulen mit 31 000 M. gegenüber. Die geänderte Veranschlagung der Gehalte und des Wohnungsgeldes hat in diesem Etat die Schlussumme um 158 295 M. ermäßigt, so daß der Nettoaufwand hier in Wirklichkeit um 314 258 + 158 295 = 472 553 M. jährlich höher geworden ist als er für 1895 veranschlagt war.

Beim Ministerium des Innern ergibt sich ein Nettoaufwand von 9 502 122 M., also gegenüber dem gleichartigen Voranschlag für 1895 mit 9 244 151 M.

ein Mehr von 257 971 M. Dieses setzt sich im Wesentlichen zusammen aus einer Mehrausgabe beim Ministerium, den Landeskommissären und dem Verwaltungshof von 27 000 M. beim Etat der Bezirksverwaltung und Polizei von 120 000 M. bei den milden Fonds und gemeinnützigen Anstalten von 6 000 M. bei der Landesstatistik von 2 000 M. bei der Gewerbe- und Landwirtschaftspflege von 48 000 M. bei den Verwaltungszweigen der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus von 89 000 M. und einer Minderausgabe bei der allgemeinen Sicherheitspolizei von 14 000 M. und bei den Heil- und Pflegeanstalten von 21 000 M.

Beim Etat des Ministeriums des Innern beträgt die scheinbare Entlastung durch die anderweitige Veranschlagung der Bezüge der etatmäßigen Beamten 76 320 M., die thatsächliche Aufwandssteigerung also 257 971 + 76 320 = 334 291 M. für ein Jahr.

Es ist gewiß nicht ohne Interesse, zu sehen, wie sich in dem letzten Jahrzehnt der Nettoaufwand der Aufwandsetat von Budgetperiode zu Budgetperiode gesteigert hat und in wie weit das in den letzten Jahren zu Tage getretene Bestreben, in der weiteren Steigerung der Ausgaben sich Einschränkungen aufzuerlegen, von Erfolg gekrönt gewesen ist. Die Steigerung der Aufwandsetat hat — unter Beiseitlassung unserer Beziehungen zum Reich — betragen:

	Markt	Prog.
von 1884/85 auf 1886/87	1 526 498 oder	3,66
" 1886/87 " 1888/89	2 513 348 "	5,81
" 1888/89 " 1890/91	2 609 009 "	5,70
" 1890/91 " 1892/93	6 158 654 "	12,74
dagegen " 1892/93 " 1894/95 nur	1 268 943 "	2,32
und endlich		
von 1894/96 " 1896/97	684 888 "	1,23

Scheidet man aus diesen Zahlenreihen den ganzen Etat des Finanzministeriums aus, weil sonst das Bild, im Hinblick auf die wechselnden Zuschüsse zur Eisenbahnschuldentilgungskasse, verschleiert erscheint, so ist die Aufwandssteigerung bei den übrigen Ministerien (und zwar wiederum unter Beiseitlassung unserer Beziehungen zum Reich):

	Markt	Prog.
von 1884/85 auf 1886/87	1 314 128 M. oder	4,3
" 1886/87 " 1888/89	816 834 "	2,3
" 1888/89 " 1890/91	1 813 841 "	5,11
" 1890/91 " 1892/93	3 124 825 "	8,5
" 1892/93 " 1894/95	2 804 117 "	7,0
dagegen von 1894/95 auf 1896/97 nur	1 625 961 M. oder	3,8
Prozent.		

Das geringere Maß der Aufwandssteigerung, wie sie der gegenwärtige Budgetentwurf aufweist, ist allerdings theilweise auf die anderweite Veranschlagungsweise bei den Gehaltspositionen zurückzuführen; ohne diese würde die Aufwandssteigerung 2 104 242 M. oder 4,9 Prozent gegenüber 1894/95 betragen haben.

Auch nach dieser Korrektur tritt das Bestreben, starke weitere Ausgabesteigerungen hintanzuhalten, in bemerkenswerther Weise zu Tage; aber wenn auch mancher Wunsch als Folge dieses Bestrebens unerfüllt bleiben mußte, so bietet dennoch unser ordentlicher Ausgabeetat in ausreichendem Maße die Mittel, die Aufgabe der Verwaltung auf allen Gebieten, namentlich auch auf denen der Volkswirtschaftspflege, in befriedigender Weise zu lösen, und eine pessimistische Beurteilung unseres Budgets unter dem Gesichtspunkt einer etwa übel angebrachten Sparsamkeit wäre daher nicht weniger als am Platz.

Der Ertrag des Einnahmetats, zu dem ich übergehe, war für 1895 veranschlagt auf 28 016 957 M., der Voranschlag für ein Jahr der nächsten Budgetperiode lautet auf 29 248 658 M., also auf 1 231 701 M. mehr. Hieron entfallen, und zwar wesentlich infolge der höheren Veranschlagung der Einnahmen aus Waldungen, allein auf den Domänenetat 648 351 M., ferner auf den Salinenetat 16 000 M., endlich auf den Steueretat 567 000 M. und zwar in letzterem zu fast drei Viertel auf die direkten Steuern und zu beinahe einem Viertel auf die indirekten Steuern. Die mehrgedachte Aenderung in der Berechnung des Budgetsatzes für Gehalt und Wohnungsgelder betrifft beim Finanzministerium fast ausschließlich die Einnahmetats und hat eine Ermäßigung des Ausgabeetatsum von im Ganzen 74 943 M. zur Folge.

Ich wende mich nun zu dem außerordentlichen Etat. Er schließt ab mit 9 059 241 M. in Ausgabe und 3 553 968 M. in Einnahme, also mit einem reffischen Aufwand von 5 505 273 M. Gegenüber einem reffischen Aufwand von 6 936 980 M., wie er für die Budgetperiode 1894/95 von Ihnen genehmigt worden ist, würde dies eine Weniger Ausgabe von 1 431 707 M. bedeuten. Da aber nach dem im Budget enthaltenen Vorschlag die in den Jahren 1889, 1892 und 1893 von der Generalstaatskasse bestrittenen Staatsbeiträge zum Bau von Lokal- und Nebenbahnen mit im Ganzen 1 586 772 M. nunmehr nachträglich auf die Eisenbahnschuldentilgungskasse übernommen und von dieser an die Generalstaatskasse ersetzt werden sollen, und diese Ersatzleistung im vorliegenden Budget bereits unter den Einnahmen des außerordentlichen Etats aufgeführt ist, so stellt sich der Nettoaufwand in letzterem, wenn von dieser Ersatzleistung abgesehen wird, thatsächlich auf 7 092 045 M., d. h. um 155 065 M. höher als für die Budgetperiode 1894/95, obwohl wie beim ordentlichen Etat so auch beim außerordentlichen Etat die vorläufigen Anmeldungen der Ministerien im Schoß des Staatsministeriums verschiedene Kürzungen unterworfen worden sind.

Man könnte versucht sein, die Frage aufzuwerfen, ob Angesichts der Thatfache, daß Betriebsüberschüsse früherer Jahre zur Verrückung der außerordentlichen Ausgaben der allgemeinen Staatsverwaltung nicht mehr zur Verfügung stehen, also die Amortisationskassen zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Etats herangezogen werden muß, ein außerordentliches Budget in der in dem Budgetentwurf vorgeschlagenen Höhe finanziell gerechtfertigt sei. Wenn der verantwortliche Leiter des Finanzministeriums aus solchen Bedenken etwa herzuleitende Einwendungen gegen die in dem Entwurf verbliebenen Anforderungen nicht erhoben hat, so liegt der Grund darin, daß nach meinem Dafürhalten auch in finanziell minder günstigen Zeiten den nothwendigen Bedürfnissen der Staatsverwaltung Befriedigung nicht versagt werden, am allerwenigsten aber in den dem kulturellen Fortschritt des Landes dienenden Einrichtungen und Veranstellungen ein Stillstand eintreten sollte; auch dürfte in Jahren, in denen die gewerbliche Thätigkeit und namentlich die Bauhätigkeit gegenwärtig über Mangel an lohnender Beschäftigung klagt, der Staat als größter Bauherr nicht wohl den Verus haben, durch zeitweilige Vertagung an sich nöthiger Bauwerke diesen Ausfall an lohnender Beschäftigung seinerseits zu verstärken. Daher unter diesen Gesichtspunkten das Ihnen unterbreitete außerordentliche Budget, ungeachtet seiner Höhe, wie ich annehme, auf eine wohlwollende Würdigung Ihrerseits wohl wird rechnen dürfen.

Von dem oben genannten Gesamtnettobetrag des außerordentlichen Etats entfallen auf das Justizministerium 3 528 558 M., also gegenüber der Bewilligung für 1894/95 mit 2 763 739 M. ein Mehraufwand von 764 819 M. und zwar im Einzelnen 763 000 M. auf die Justiz- und Strafanstaltenverwaltung, 818 000 M. auf das Kultusbudget, 1 702 000 M. auf das Unterrichtsbudget und 245 000 M. auf den Etat der Wissenschaften und Künste.

Das Ministerium des Innern ist am außerordentlichen Etat mit 3 468 907 M. betheiligt, d. h. mit nahezu soviel

wie in der laufenden Budgetperiode, für die im Ganzen 3 480 623 M. bewilligt waren. Von diesem Aufwand betreffen insbesondere 1 218 000 M. die Bezirksverwaltung und Polizeitheils Zuschüsse verschiedener Art an Kreis- und Gemeindeverwaltungen, theils Kosten für Neubauten von Amtsgebäuden, ferner betreffen 94 000 M. den Aufwand für gemeinnützige Zwecke, 75 000 M. den Etat der Heil- und Pflegeanstalten, 174 000 M. den Etat der Landesstatistik, 685 000 M. den Etat der Landwirtschafts- und Gewerbepflege, 1 169 000 M. die Verwaltungszweige des Wasser- und Straßenbaues und der Landeskultur, endlich 50 000 M. die geologische Landesaufnahme.

Das Finanzministerium fordert im außerordentlichen Etat 1 823 136 M. zu Lasten des Domänengrundstodes, statt 1 803 529 M. wie für 1894/95, ferner zu Lasten der laufenden Mittel und zwar im Wesentlichen zur Beschaffung von Dienstgebäuden einen Betrag von 133 900 M., sonach erheblich weniger als für 1894/95, wo ein Betrag von 754 198 M. bewilligt war. An außerordentlichen Einnahmen ist neben dem Ertrag des Domänengrundstodes eine Summe von 1 626 092 M. vorgezogen, in der Hauptsache der bereits erwähnte Zuschuß aus der Eisenbahnschuldentilgungskasse mit 1 586 772 M.

Bei den Budgets der ausgeschiedenen Verwaltungszweige, die ich zunächst kurz besprechen möchte, verlangt das Hauptinteresse der Eisenbahnbetriebe; in dem bezüglichen Vorschlag sind für jedes der nächsten Jahre an

Einnahmen	49 669 000 M.
Ausgaben	35 397 300 "
sonach als Ueberschuß	14 271 700 "

vorgesehen, ein Betrag, der um ein Geringes hinter dem für 1895 veranschlagten Reinertrag zurückbleibt, indem einer Mehrausgabe von 2 467 735 M. eine Mehreinnahme von 2 464 015 M. gegenübersteht.

Der Betrieb der Bodensee-Dampfschiffahrt schließt ab mit einem Ausgabeüberschuß von 26 840 M., somit gegenüber dem ein Defizit von nur 20 570 M. aufweisenden Vorschlag für 1895 ungünstiger um 6 270 M.

Dagegen wird von dem in der Rhein-Neckarbahn angelegten Kapital ein Ertrag von 978 015 M. erwartet, während der Reinertrag für 1895 nur auf 870 830 M., somit um 107 185 M. niedriger geschätzt war.

In dem Eisenbahnbudget betragen die Anforderungen, nach Gegenrechnung der eigenen Einnahmen, bis jetzt 12 185 572 M., darunter der bereits erwähnte Ertrag an die allgemeine Staatsverwaltung für früher geleistete Staatsbeiträge zu Total- und Nebenbahnen mit 1 586 772 M. Im Uebrigen sind unter den Ausgaben zu nennen 1 000 000 M. für Fortsetzung der Hüllenthalbahn von Neustadt nach Donauessingen, 800 000 M. für Fortführung der Bahn von Wallbörn bis zur Landesgrenze bei Amorbach, 2 055 000 M. für Herstellung des zweiten Gleises auf der Bahn Schwegen-Karlsruhe über Blankenloch, 433 200 M. für Erweiterung und Verbesserung der Mannheimer Bahnhofsanlagen, 120 000 M. für den Ausbau der elektrischen Centrale in Karlsruhe, 238 500 M. für den Bahnhofsumbau Schaffhausen, 216 100 M. für Um- und Neubauten in Offenburg, Schallstadt, Sigmaringen und Mengen, 5 208 500 M. für Beschaffung von Transportmaterial, endlich 507 000 M. Staatsbeitrag zur Erbauung einer Nebenbahn von Bruchsal nach Odenheim und von Ulstadt nach Menzingen.

Die Eisenbahnschuldentilgungskasse wird nach dem für sie aufgestellten Budget einen Aufwand von rund 19 250 000 M. für Verzinsungs- und Tilgungsbedarf sowie für Verwaltungskosten haben, während die Einnahmen an Verlehrsgebühren, Aktivzinsen und Zuschuß aus der Generalstaatskasse auf etwa 18 042 000 M. veranschlagt sind, darunter der nach meinen früheren Darlegungen auf 2 Millionen herabgeminderte Zuschuß aus Mitteln der allgemeinen Staatsverwaltung.

Das Badanstaltenbudget schließt im ordentlichen Etat ab in Ausgabe mit 356 356 M., in Einnahme mit 301 745 M., somit gegen das letzte Budget mit einer Mehrausgabe von 57 382 M. und einer Mehreinnahme von 3 263 M., ober restlich ungünstiger um 54 119 M. An außerordentlichen Ausgaben sind 95 274 M. vorgezogen.

Die Schlüsszahlen des Finanzgesetzes weisen — hingesehen auf die in die neue Budgetperiode übergehenden Restcredite des außerordentlichen Etats früherer Perioden und den Stand der Betriebsüberschüsse — einen ungedeckten Betrag von 6 916 709 M. 67 Pf. nach, der auf die Amortisationskasse übernommen werden soll, deren Vermögensbestand am Schluß des Jahres 1894 22 357 035 M. war und sich Ende dieses Jahres auf rund 23 Millionen Mark beziffern wird. Eine Entnahme von rund 6,9 Millionen Mark würde danach den Vermögensstand der Amortisationskasse sehr erheblich schwächen und diese Schwächung ist — hingesehen auf die Eigenhaft des Vermögens der Amortisationskasse als einer Nothreserve in ersten Zeiten — sicherlich nicht ganz unbedenklich. In Wirklichkeit aber — und das sei zur Beruhigung schon jetzt bemerkt — wird diese Entnahme auf einen wesentlich geringeren Betrag als der Etat annimmt, beschränkt bleiben. Denn bekanntlich beziehen wir in die abschließenden Ziffern des Staatshaushalts jeweils das letzte Jahr der vorausgegangenen Budgetperiode mit hinein und es erscheint deshalb in Artikel 3 des Entwurfs des Finanzgesetzes das Jahr 1895 mit seinem etatmäßigen Fehlbetrag von 1 784 733 M.; das Jahr 1896 wird aber mit Bestimmtheit keinen Fehlbetrag, muthmaßlich sogar einen Ueberschuß aufweisen. Der veranschlagte etatmäßige Fehlbetrag der Budgetperiode 1896/97 mindert sich daher angesichts des zu gewärtigenden günstigen Abflusses des Rechnungsjahres 1895 um annähernd 2 Millionen Mark. Wir dürfen ferner darauf rechnen, daß auch die Jahre 1896 und 1897 eher günstiger als ungünstiger wie der Etat annimmt abschließen werden. Endlich aber wird das Vermögen der Amortisationskasse in den beiden Jahren 1896 und 1897 durch Zinsverwirtschaftung um rund 1,5 Millionen Mark sich heben. Nach Allem dem ist also gegründete Aussicht vorhanden, daß eine Schwächung des Vermögens der Amorti-

sationskasse in minder bedenklichem Umfang eintreten wird, als der Entwurf des Finanzgesetzes unterstellt.

Nach diesen Betrachtungen wird vielleicht Ihr Urtheil dem meinigen sich begeben, wenn ich als Schlussergebniß feststelle, daß die diesmalige Budgetaufstellung nicht unwesentlich günstiger sich gestaltet hat als seine unmittelbaren Vorgänger und daß das Budgetbild in seiner Gesamtheit jedenfalls hellere Farben anweist, als vor zwei Jahren erwartet werden durfte. Allerdings ist auch dieses Budgetbild noch keineswegs ganz zufriedenstellend. Die Herstellung des Gleichgewichtszustandes ist nur im ordentlichen Etat und auch hier nur unter Zuhilfenahme von Reserve erfolgt, die vielleicht in kommenden Perioden versagen; und namentlich sollte das sehr langsame Anwachsen der Steuerquellen im Verhältnis zu den von Periode zu Periode wahrnehmbaren Ausgabesteigerungen nicht übersehen werden; es weist darauf hin, daß die Herstellung des Gleichgewichts auch in der Folgezeit und die Gewinnung von Mitteln für die Bedürfnisse des außerordentlichen Etats nur dann in sichere Aussicht zu nehmen ist, wenn die Zurückschaltung in der Aufstellung des ordentlichen Ausgabebudgets, wie sie diesmal geübt worden ist, noch für eine längere Zeit als oberster Grundsatz festgehalten und allseitig beibehalten wird. Auch den Umstand, daß in unser Ausgabebudget als Leistung für die Reichszwecke zunächst nur das sogenannte Vierstufenäquivalent eingestellt, an reinen Matritularbeiträgen aber vorerst nichts vorgezogen ist, diese vielmehr — nach Maßgabe der wirklichen Reichsetatschlüsse — eventuell auf die Deckung durch Einkommensteuerrücklagen verwiesen worden sind, wollen Sie wohl beachten. Danach ist das Budgetbild, das ich Ihnen vorgeführt habe, trotz seiner im Vergleich mit den vorausgegangenen Budgets lichter Farben, keineswegs frei von Schatten. Aber auf die relative Gesundheit unseres Staatshaushalts läßt zweifelsohne die Thatjade schließen, daß ohne die Preisgabe wichtiger finanzpolitischer Grundsätze die Herstellung des Gleichgewichts im ordentlichen Etat gelungen ist; und diese Gleichgewichtsherstellung wird, wie ich hoffe, auch in der Folge bei Bethätigung der nöthigen Vorkehrungen in der Aufstellung des Ausgabebudgets sich möglich erweisen. Lassen Sie mich mit dem Wunsch schließen, daß auch diesmal unsere Budgetvorschläge einer wohlwollenden Prüfung und Aufnahme im Schoße der Volksvertretung begegnen möchten!

## Großherzogthum Baden.

Karlsruhe, 19. November.

Am Sonntag den 17. d. M. fand in der Schloßkapelle in Baden-Baden ein von dem Hofbibliothekar Fischer geleiteter Hausgottesdienst statt, welchen Ihre Königlichen Hoheiten der Großherzog, die Großherzogin und die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen mit vielen Hausgenossen und sonstigen in der Nähe des Schlosses wohnenden Personen besuchten. Abends fand eine größere Tafel statt, zu welcher Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amelie zu Fürstenberg, sowie verschiedene andere Personen erschienen.

Gestern Nachmittag erfolgte die Abreise Ihrer Königlichen Hoheit der Kronprinzessin Victoria. Zur Verabschiedung waren am Bahnhof anwesend: Ihre Durchlaucht die Prinzessin Amelie zu Fürstenberg, der gesammte Hofstaat, der Amtsvorstand Geheimen Regierungsrath Haape und der zweite Bürgermeister, sowie viele andere in Baden ansässige Personen. Die Großherzoglichen Herrschaften begleiteten die Kronprinzessin bis Doss und nahmen dort von Höchstbergselben bewegten Abschied. Das Befinden Ihrer Königlichen Hoheit hat sich in den letzten Wochen sehr wesentlich gebessert und der Aufenthalt in Baden zu sehr angenehmer Kräftigung Ihrer Gesundheit beigetragen. Während der schönen Tage hat die Kronprinzessin größere Gänge und Fahrten unternommen, welche Höchstbergselben ebenso viel Freude bereitet haben als gut bekommen sind. Die Reise ging über den St. Gotthard nach Mailand, von wo die Großherzoglichen Herrschaften heute Vormittag die glückliche Ankunft Ihrer Königlichen Hoheit erfuhren.

Von Mailand begibt sich die Kronprinzessin nach Florenz, verweilt dort 24 Stunden und trifft mit Seiner Königlichen Hoheit dem Großherzog von Sachsen zusammen. Darnach reist Höchstbergselbe nach Rom zu einem vorausichtlich mehrmonatlichen Aufenthalt. In Begleitung Ihrer Königlichen Hoheit befinden sich die Baronin Alstromer, die Hofdame von Weidenhalm und der Kammerherr Graf Brahe. Seine Königliche Hoheit der Erbprinz von Baden war gestern Höchstbergselber Schwester bis Offenburg, Ihre Königliche Hoheit die Erbprinzessin bis Freiburg entgegengefahren und begleiteten Ihre Königliche Hoheit bis Müllheim.

Morgen erwarten die Höchsten Herrschaften den Besuch Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Herzogin Marie von Sachsen-Coburg und Gotha mit Höchstbergselber Tochter, der Braut des Erbprinzen zu Hohenlohe-Langenburg, welcher ebenfalls kommen wird, sowie von dessen Mutter, Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Fürstin zu Hohenlohe-Langenburg. Nachmittags kehren die Höhen Herrschaften nach Straßburg zurück.

(Siebente öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Mittwoch den 20. November, Vormittags 10 Uhr: 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Bildung und Berückung der ständigen Kommissionen für Budget, Petitionen, Eisenbahnen und Straßen, Geschäftsordnung.

## Verschiedenes.

† Köln, 18. Nov. (Telegr.) Die „Köln. Volkszeitung“ meldet: In Riemle bei Vöchem verbrannten bei einer Feuersbrunst zwei Kinder im Alter von zehn und zwölf Jahren.

† Remel, 19. Nov. (Telegr.) Heute Morgen sind im Hofe des hiesigen Justizgefängnisses durch den Scharfrichter Reindje

der Rosmann Christoph Weitschur und seine Mutter Augita Weitschur hingerichtet worden. Sie waren am 26. Juni d. J. wegen Doppelmordes bezw. Anstiftung dazu zum Tode verurtheilt worden. Christoph Weitschur hatte, von seiner Mutter überredet, am 17. Februar d. J. aus Rache seine Schwägerin in Pöfingen bei Remel ermordet und deren siebenjährige Tochter die Leugnerin der That, in den Brannen geworfen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

\* Berlin, 19. Nov. Die „Nordd. Allg. Zeitung“ hört, heute ist die Zuckersteuervorlage als Präsidialvorlage dem Bundesrath eingereicht worden.

\* Berlin, 19. Nov. Die „Volkszeitung“ konstatirt, daß Dr. Bödiker noch gestern im Reichsversicherungsamte den Vorlesung gehalten habe. Wenn derselbe jetzt Urlaub nimmt, so geschähe es, weil er zwei Jahre hindurch ohne jeglichen Urlaub gearbeitet hat. (Berl. Polit. Uebers. im Morgenbl.)

\* Berlin, 19. Nov. Der aektrian Sitzung des Staatsministeriums, die von 2 bis 6 Uhr dauerte, wohnten außer sämtlichen Ministern auch die Staatssekretäre vom Reichsschatzamt und vom Reichsjustizamt bei.

\* Coburg, 19. Nov. Die Beilegung des Konfliktes zwischen dem Minister v. Streuge und dem Speziallandtag wurde heute durch eine Erklärung des Ministers dadurch angebahnt, daß die angeforderte Ministerialinstruktion an den bestehenden Gesetzen nichts ändern solle. In der gänzligen Beilegung des Konfliktes soll der heute geschlossene Landtag bald wieder einberufen werden.

\* Straßburg i. E., 19. Nov. Gestern Abend fand eine Generalversammlung des Freien Elsas Lothringischen Bürgervereins statt, in welcher es nach stürmischer Debatte zu einem Bruche zwischen den altdeutschen und den altelsässischen Mitgliedern des Vereins kam. Die große Mehrzahl der altdeutschen Mitglieder, darunter der Gründer des Vereins, Rechtsanwalt Fesche, erklärte ihren Austritt aus dem Bürgerverein.

\* Wien, 19. Nov. Die diplomatische Kreise bezweifeln die Richtigkeit der römischen Meldung, daß Rußland die Vorschläge Goluchovski's abgelehnt habe.

\* Budapest, 19. Nov. Im Landes- und Bodenkreditinstitut für Kleingrundbesitzer wurden große Couponfälschungen von 6 1/2prozentigen Titres konstatirt. Wahrscheinlich sind auch die dazu gehörigen Passbriefe selbst falsch. Bisher wurden 172 falsche Coupons angebahnt. Die Nachricht verursacht Sensation, weil viele Militärfunktionen in diesen Baviereen geleistet wurden. Bisher wurden Fälschungen in Höhe von 200 000 Gulden festgestellt.

\* Budapest, 19. Nov. Im Abgeordnetenhaus warnte Jospowitsch (Kroate) davor, die Stimmung in Kroatien nach den lärmenden Kundgebungen einer kleinen Minorität zu beurtheilen. Die kroatischen Patrioten fühlten mit Ungarn.

\* Rom, 19. Nov. Durch königliche Verordnung ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister in Spanien, Spinola, auf sein Ersuchen in den Ruhestand versetzt worden.

\* Rom, 19. Nov. Gestern Abend wurde in Milazzo auf Sicilien eine Erderschütterung verspürt, welche die Bevölkerung alarmirte. Schaden wurde nicht verursacht.

\* Paris, 19. Nov. Der „Admiral Baudin“, das letzte der drei bei Hyères aufgelaufenen Panzerschiffe, ist heute Vormittag flott gemacht worden.

\* Paris, 18. Nov. Der englische Botschafter richtete eine Note an die französische Regierung, in welcher derselbe freundschaftlich, aber dringend ersucht wird, die Rechte der englischen Konzessionäre auf die Bosphorgruben von Tebrisa zu schützen. — Wie aus Bisra (Algerien) gemeldet wird, starb daselbst die Frau eines Apothekers an vergiftungshähnlichen Erscheinungen. Die Frau hatte sich vor kurzem auf eine hohe Summe versichern lassen. Die Staatsanwaltschaft hat eine Untersuchung angeordnet.

\* Paris, 18. Nov. In den Wandelsängern der Kammer bildete die Verhaftung Arton's und deren Folgen den ausschließlichen Gesprächsstoff. Die Radikalen und Sozialisten gaben ihrer Befriedigung über diesen „Meisterreich“ der Regierung lebhaften Ausdruck, obwohl sie recht gut wissen, daß auch einzelne ihrer engeren und weiteren Parteigenossen für Arton seiner Zeit nähere Beziehungen unterhalten haben, als ihnen jetzt lieb sein mag. Mit besonderem Interesse erwägen die Deputirten die Drakelfrage: „Wird Arton sprechen oder wird er nicht sprechen? Viele meinen, daß Arton, wenn er vor die französischen Gerichte komme, verschwiegen sein werde, nicht etwa, weil er es für eine Ehrensache halte, seine ehemaligen „Geschäftsfreunde“ nicht zu kompromittiren, sondern lediglich deshalb, weil er hoffe, daß die „Chiquards“, die ja möglicherweise wieder zu Einfluß und Macht gelangen können, sich für seine Diskretion dankbar erweisen werden. Da übrigens seine Auslieferung lediglich auf Grund der von ihm zum Schaden der Dynamitgesellschaft verübten Delikte verlangt werden soll, wird sein Verteidiger vielleicht mit Erfolg dagegen protestiren, daß die wegen der Panama-Affaire gegen Arton erhobene Anklage in den Prozeß einbezogen werde. Gar mancher ehemalige und gegenwärtige Volksvertreter würde dies als eine für ihn höchst erfreuliche Lösung ansehen. — Die Pensionirung des hiesigen Generalintendanten Barattier ist, wie es scheint, deshalb erfolgt, weil derselbe einen Verwaltungssoffizier befristet hatte, welcher in angedeuteter Weise einen Vorgesetzten, den in der Affaire der „falschen Abkempelungen“ verurtheilten Meyer, denunzirt hatte. Kriegsminister Cavagnac, der als Berichterstatter für das Kriegsbudget diesen vor vier Jahren stattgehabten Vorfall in schärfster Weise gerügt hatte, hielt es deshalb für eine seiner ersten Pflichten, Barattier zu entfernen, obwohl das Verhalten des letzteren vom rein militärischen Standpunkte in Armeekreisen gebilligt wurde.

\* Brüssel, 19. Nov. In der Deputirtenkammer machte der Justizminister Bro Mittelteilung von der bevorstehenden Vermählung der Prinzessin Henriette von Flandern mit dem Prinzen Emanuel von Orléans.

\* London, 19. Nov. Der „Morning-Post“ zufolge wird Prinz Heinrich von Battenberg, der in der Armee den Rang eines Obersten bekleidet, an der Expedition gegen die Achantis theilnehmen. — „Daily Chronicle“ meldet, daß, sobald die gegenwärtige Lage in der Türkei sich gebessert hätte, Sir Ph. Currie zum Nachfolger Lord Dufferins bestimmt sei. — Infolge der neuen Entwicklung der Sachlage sei Currie, anstatt direkt nach Konstantinopel zurückzukehren, nach Paris gegangen, wo

er zwei Tage bleiben und eingehende Verhandlungen mit Lord Dufferin und dem französischen Minister des Auswärtigen führen werde.

**Sofia, 18. Nov.** In der Sobranje verkündete der Präsident derselben die Geburt des Prinzen Cyrill und beantragte, eine Deputation von zehn Abgeordneten zu wählen, welche dem Prinzen und der Prinzessin Ferdinand die Glückwünsche der Nationalversammlung überbringen sollen. Der Antrag wurde durch Zufall angenommen, worauf die Kammer sich auf Donnerstag vertagte.

**Konstantinopel, 19. Nov.** Großvezier Nispat-Bascha empfing gestern einen Zeitungskorrespondenten und bevollmächtigte diesen zur Veröffentlichung nachstehender Mittheilung: Die an die Provinzbehörden zur Unterdrückung der Unruhen ergangenen Instruktionen seien, da dieselben vielfach mißverstanden wurden und zahlreiche Anfragen hervorriefen, erneuert und dahin ergänzt worden, daß ausnahmslos gleiches Recht geübt werde und die Unruhestifter ohne Unterschied des Glaubens zur Strafe gezogen werden sollen. Die Chefs der Kurdenstämme seien versammelt und zur Eindämmung der Bewegung gezwungen worden. Man müsse in der nächsten Zeit wohl noch auf Zusammenstöße, vielleicht auch auf einzelne Raubakte in Konstantinopel gefaßt sein. Aber derartige Vorfälle dürften nicht als Zeichen eines Wiederausbruchs der Bewegung angesehen werden. Die Hofe hoffe, daß Kleinasiens binnen zehn Tagen beruhigt sein werde.

**Konstantinopel, 19. Nov.** Sämtliche vorgestern und gestern erschienenen türkischen Blätter besprechen die Lage in Anatolien. Die Hofe habe mit der Ausführung der Reformen begonnen, sei aber durch die Muhamedaner darin gestört worden. Infolge der getroffenen militärischen Maßnahmen sei zwar ein sofortiger Erfolg unmöglich gewesen, er sei aber sicher zu erwarten. Schließlich richten die Blätter eine Ermahnung an die Bevölkerung, Vertrauen zu haben und die Maßnahmen der Regierung zu unterstützen. Sie heben hervor, daß alle europäischen Mächte den Frieden wünscheln.

### Badischer Landtag.

#### Öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer

dom 19. November.  
Alterspräsident Weber-Offenburg eröffnet 11 $\frac{1}{2}$  Uhr die Sitzung.

Man schreitet nach Vortrag verschiedener Einläufe sofort zur Wahl des Präsidenten, des Vicepräsidenten und der Sekretäre, sowie der Mitglieder verschiedener Abteilungen.

Zum ersten Präsidenten wird der Abg. G. Sinner, zum Vicepräsidenten der Abg. Laud und zum zweiten Vicepräsidenten der Abg. Klein gewählt. Sämtliche Herren nehmen die Wahl mit Dankworten und der Versicherung eifriger und unparteiischer Geschäftsführung an.

In Sekretären werden die Abg. v. Bodman, Siggler, Schmid und Benedy einstimmig gewählt. Worte des Dankes für seine eifrige Geschäftsführung richtet Abg. Fischer an den Alterspräsidenten Weber und forderte die Mitglieder des Hauses auf sich zum Zeichen der Anerkennung von ihrem Eizein zu erheben.

Am Ministertisch haben sich indessen die Herren Geh. Rath Eisenlohr, Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Buchenberger, Präsident des Finanzministeriums, eingefunden.

Geh. Rath Eisenlohr, Präsident des Ministeriums des Innern, bringt sodann zur Kenntniß, daß mit Allerhöchster Genehmigung dem hohen Hause Vorlagen über:  
eine Aenderung des Brautengesetzes vom 23. Juni 1888,  
eine Aenderung der Wahlordnung,  
eine Aenderung des Gesetzes über Hundstörge zugehen werden.

Nachdem sodann noch der Präsident des Finanzministeriums die Budgetvorlage für 1895/96 vorgetragen hatte und die Abtheilungswahlen vorgenommen waren, schloß der Präsident Sinner die Sitzung.

Nächste Sitzung: Mittwoch den 20. November, Vormittags 10 Uhr.

Wegen Mangel an Raum kann der ausführliche Bericht über die Kammerverhandlungen vom 18. d. M. erst morgen veröffentlicht werden.

Ergänzend zu unserem Kammerbericht in Nr. 350 der „Karlsruher Zeitung“ wird uns heute mitgeteilt, daß derselbe infolgedessen nicht, als er unter den Einmänden gegen die Wahl in Oberbach, welche von der Abtheilung II nicht für erheblich befunden worden, auch die Unterlassung der Wahl Einladung auf dem Leitender Hof anführt. Diese Unterlassung hat nun aber gerade die Abtheilung in ihrer Mehrheit für so erheblich befunden, daß sie wesentlich mit Rücksicht darauf die Entlassung des Bezirksrats Oberbach, welche die erste Wahlmännerwahl in Reunfirden stattfand, als begründet ansah.

### Telegraphische Kursberichte

vom 19. November 1895.  
Frankfurt. (Schlußkurse.) Wechsel Amsterdam 168 5/8, Wechsel London 20 47, Paris 81 20, Wien 169 40, Privatdiskonto 2%, Napoleons 16 22, 4% Deutsche Reichsanleihe 105 30, 3% Deutsche Reichsanleihe 99 05, 4% Preuss. Konfols

165 20, 4% Baden in Gulden 102 95, 4% Baden in Mark 104 30, 3/2% Baden in Mark 104.—, 5% Griechen 30 90, 4% Monopolarischen 32 50, 5% Italiener 65 40, Deherr. Goldrente 102 40, Deherr. Silberrente 84 20, Deherr. Boote von 1860 128 45, 4% Portugiesen 40 10, III. Orientanleihe 86 95, Spanien 63 30, Türkenloose 34 40, 1% Türken 10 20, 2%, Ungarn 102.—, 5% Argentinier 68 60, 8% Mexikaner 89 60, Berl. Handels-Gesellschaft 152 10, Darmst. Bank 154 70, Deutsche Bank 201 30, Diskonto-Kommandit 210 30, Dresdener Bank 164 30, Deherr. Kreditanstalt 208.—, Deherr. Kreditanstalt 213 1/2, Wiener Bankverein 128 1/2, Barque Tomane 111 80, Deherr. Kubanbank 118 20, Lombarden 87.—, Staatsbahn 303 1/2, Elbthalaktien —, Schweizer Centralbahn 130.—, Schweizer Nordbahn 125 90, Schweizer Union 90 40, Jura Simplon 91.—, Mittelmeerbahn 89 60, Meridionaler 121 70, Bafische Zuckerfabrik 61.—, Nordb. Lloyd 106 40. Nachbörse: Kreditaktien 313 1/2, Diskonto-Kommandit 210 20, Staatsbahn 303 1/2, Lombarden 87 1/2, Russennoten 220.—.

Tendenz: matt auf Wien.  
Frankfurt. (Abendkurse.) Kredit 313 1/2, Diskonto-Kommandit 209 90, Staatsbahn 303 1/2, Lombarden 86 1/2, Gelsenkirchen 173 80, Türken —, Portugiesen 26.—, 6% Mexikaner 88 50. Tendenz: matt.

Berlin. (Schlußkurse.) Deherr. Kreditaktien 232 10, Diskonto-Kommandit 210 10, Nationalbank f. Deutschland 139.—, Bochumer Gußstahl 156 10, Gelsenkirchen Bergwerk 174 25, Laurahütte 149 60, Harpener 170 25, Ber. Köln-Rothweiler Pulverf. 29 40, Deutsche Metallwarenfabrik 320.—, Privatdiskonto 2 1/2.

Tendenz: Auf Orienpolitik verstimmt. brühte auch Flaubert Wiens daraufhin, doch angeblich das Arrangement mit der insolventen Wechselbank Meyer u. Neel sich zerfallen. Heimitische Fonds mit Schluß schwankend.

Deuts. (Nachbörse. Schluß.) Diskonto-Kommandit 210 25, Dortmunder 88 50, Bochumer 156 25.

Wien. (Börse.) Kreditaktien 374 50, Staatsbahn 359.—, Lombarden 101 75, Marknoten 59 05, 4% Ungarn 120 75, Papierrente 89 40, Deherr. Kronenrente 100 60, Länderbauk 247 50, Ungar. Kronenrente 98 30. Tendenz: matt.

Paris. (Anfangskurse.) 3% Rente 100 47, Spanien 65 1/4, Türken 20 30, 3% Portugiesen —, Banque Ottomane 565 — (Baiffe), Rio Tinto 390.—. Tendenz: —.

Wien. (Schlußkurse.) 3% Rente 101 30, 3% Portugiesen 25 1/4, Spanien 65 1/4, Türken 19 90, Banque Ottomane 551.—, Rio Tinto 391.—, Banque de Paris 750, Italiener 84 80. Tendenz: Baiffe.

Wetterbericht des Centralb. f. Met. u. Hyd. v. 19. November 1895.  
Von der Nordsee aus zieht sich heute in südöstlicher Richtung nach Ungarn ein Gebiet hohen Luftdruckes, während sich vor dem Eingang des Rheins eine Depression befindet, letztere macht ihren Einfluß bis Westdeutschland herein, wo anhaltend Regenwetter herrscht, geltend. In Norddeutschland ist es dagegen heiter, vielfach neblig bei Morgen Temperaturen, welche infolge einer kalten Nacht um wenig über den Gefrierpunkt liegen. Fortdauer des trüben regnerischen Wetters ist wahrscheinlich.

### Der politische und lokale Theil, sowie das Feuilleton befinden sich im II. Morgenblatt.

**L. Hack,**  
Pianosorte-handlung,  
Karlsruhe,  
im „Grünen Hof“ (neben dem Hauptbahnhof), zwei Treppen hoch, empfiehlt  
**Pianinos**  
aus den bewährtesten Fabriken, von 400 Mark an, neue und gepolte, in schönster Auswahl.  
Eigene Reparaturwerkstätte, Stimmen, Zahlungserleichterungen, Ein-tausch gespielter Klaviere.  
Keine Spesen für Ladenmietze, Buchhalter, Geschäftsführer etc. daher bedeutend billiger als die Konkurrenz.  
U 10.3

**Jedermann** kann sein Einkommen um Tausende von Mark jährlich durch Annahme unserer Agentur erhöhen. Senden Sie Adresse **A. X. 24 Berlin W. 57.** U 41.4

**Geld-, Bücher- und Dokumentenschränke**  
No. 880.94 empfiehlt  
Wilh. Weiss, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 24.

### Bürgerliche Rechtsstreite.

**Aufgebot.**  
U 189.2 Nr. 5232. Vullendorf. Das Groß-Amtsgericht Vullendorf hat unterm Heutigen folgendes Aufgebot

erlassen:  
Landwirth Konrad Meßler von Burgweiler bestit ohne Grundbesitz in g n Erwerbsmittel auf der Gemarkung Gabelth, Gemeinde Aufschweiler, eine Pflanzenschaft; Lagerbuch Nr. 111, 26 Nr 60 Meter Wiese, einerseits f. f. Standesherrschaft, anderst. Landwirth Richard Noosmann in Waldbüren.

Es werden nunmehr auf dessen Antrag zu dem von Groß-Amtsgericht hier selbst auf  
Montag den 13. Januar 1896, Vormittags 9 Uhr.  
bestimmten Aufgebotstermin alle diejenigen, welche an dieser Pflanzenschaft in den Grund- und Unterpfandbüchern nicht eingetragen und auch sonst nicht bekannte, dingliche oder auf einem Stamm- oder Familiengüterverband beruhende Rechte zu haben glauben, mit der Aufforderung vorgeladen, ihre Ansprüche und Rechte spätestens in diesem Termine anzumelden, widrigenfalls sie als erledigt erklärt würden.  
Vullendorf, 12. November 1895.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Doppé.**

Erste und empfehlenswerthe Bezugsquelle hier.  
Gegründet 1879. **H. Maurer, Pianolager,** Gegründet 1879.  
KARLSRUHE,  
5 Friedrichsplatz 5, bei der Hauptpost, empfiehlt zu **äußerst billigen Preisen** sein reichhaltiges Lager in  
**Pianinos, Flügel, Harmoniums**  
von **Bechstein, Berdux, Blüthner, Neumeyer, Rosenkranz, Schiedmayer, Schwexler, Zeitter & Winkelmann** u. A.  
Pianinos guter Qualität von **Mk. 450.—** an.  
Auswahl ca. **100 Instrumente.** — Umtausch gespielter Klaviere.  
Reelle langjährige Garantie. Günstige Bedingungen gegen Baar- und Ratenzahlung. T 900.6  
Um Irrthümer vorzubeugen, bemerke ich, dass ich keinerlei Filiale unterhalte.

**Ferratin D. R. P. No. 72168.**  
(Die Eisen Verbindung der Nahrungsmittel.)  
In Original-Flacons à 25 Gramm. M. 3.— per Flacon.  
Für **Blutarme Reconvalescenten!**  
Ferratin-Chocolade-Pastillen.  
In Original-Cartons à 50 Stück. M. 3.50 per Carton.  
\* Zu beziehen durch die Apotheken u. Detail-Droguerien. \*

**Vermögensabsonderungen.**  
U 210 Nr. 12 728. Karlsruhe. Die Ehefrau des Bergolders K. Dablinger, Elise, geb. Peter, vertritt durch Rechtsanwält Dr. Daas dafelst, klagt gegen ihren genannten Ehemann mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern.  
Termin zur Verhandlung des Rechtsstreits vor Gr. Landgericht hier, Civilkammer I, ist bestimmt auf **Dienstag den 14. Januar 1896, Vormittags 9 Uhr.**  
Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht.  
Karlsruhe, den 18. November 1895.  
Gerichtsschreiber des Groß. bad. Landgerichts. **Hott.**  
U 211. Nr. 12 516. Karlsruhe. Durch Urtheil des Groß. Landgerichts Karlsruhe, Civilkammer II, vom Heutigen wurde die Ehefrau des Landwirths Gustav Schneider, Auguste, geborne

Schweydt in Fortheim, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzufordern.  
Dies wird hiermit zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.  
Karlsruhe, den 9. November 1895.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts: **Friedmann.**  
U 188. Nr. 11 674. Offenburg. Die Ehefrau des Landwirths Wilhelm Gah, Maria Anna, geb. Hummel in Bahl (Dorf), wurde durch Urtheil der Civilkammer I dahier unterm Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzufordern.  
Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.  
Offenburg, den 12. November 1895.  
Die Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts. **U 181. Nr. 12 672. Offenburg.** Die Ehefrau des Schuhmachers Karl Weingärtner, Maria Antonie Wiedmeier in Urteffen, wurde durch Urtheil der Civilkammer I dahier unterm Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Ver-

mögen von dem ihres Ehemannes abzufordern.  
Dies wird zur Kenntniß der Gläubiger gebracht.  
Offenburg, den 12. November 1895.  
Die Gerichtsschreiber Gr. Landgerichts. **U 176. Nr. 22 925. Waldshut.** Die Ehefrau des Kaufmanns Jhbor Verneheim, Martha, geb. Traun-schweig hier, wurde durch Urtheil des Groß. Amtsgerichts hier vom 13. d. M. Nr. 22 935, für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres genannten Ehemannes abzufordern.  
Waldshut, den 14. November 1895.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Reich.**

### Freiwillige Gerichtsbarkeit.

**Erbeinweilungen.**  
U 109 2. Nr. 9198. Redarbischofsheim. Magdalena, geb. Kus, Witwe des Tagelöhners Johannes Weiß I von Untergimpeln, hat, nachdem die gesetzlichen Erben verstorben, um Einweisung in Besitz und Gewah der Nachlass ihres genannten Ehemannes gebeten. Dem Gesuche wird entsprechen, falls nicht innerhalb vier Wochen Einsprachen dagegen erhoben werden.  
Redarbischofsheim, 12. Novbr. 1895.  
Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: **Eisenhut.**

**Handelsregister-Einträge.**  
U 137. Nr. 52 692. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen: Zu D. S. 152 Gef. Reg. Band VII. Firma: **„Bafische Amliu und Soda Fabrik in Mannheim“** mit Zweigniederlassung in Ludwigs-hafen a. Rh. Direktor August Dörner in Mannheim ist aus dem Vorstande ausgeschieden und ist dessen Vertretungsbefugniß erloschen.

Mannheim, den 9. November 1895.  
Groß. bad. Amtsgericht III. **Mittermaier.**

U 172. Nr. 53 785. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen: Zu D. S. 33 Gef. Reg. Band VII. Firma: **„Aktien-Gesellschaft zur Ein-tracht“** in Mannheim.  
Vorsitzer Gustav Veder in Mannheim ist aus dem Vorstande ausgeschieden und ist dessen Vertretungsbefugniß erloschen.

Andreas König, Mechaniker in Mannheim, ist als Vorstandsmittglied ernannt, mit der Bezeichnung, die Firma in Gemeinschaft mit einem weiteren Vorstandsmittglied zu zeichnen.  
Mannheim, den 12. November 1895.  
Groß. bad. Amtsgericht III. **Mittermaier.**

U 170. Nr. 8755. Vonnendorf. Un-terem Heutigen wurde zu D. S. 5 des Firmenregisters-eingetragen: Die Firma **Josef Wehinger** in Vonnendorf ist erloschen.

Vonnendorf, den 7. November 1895.  
Groß. bad. Amtsgericht. **Schwieder.**

Nr. 20 792. Tauberbischofsheim. Zu des diesseitige Firmenregister wurde unter D. S. 228 eingetragen die Firma: **„Fidor Stein“** Inhaber ist Fidor Stein, lediger Kaufmann in Wessels-hausen.

Tauberbischofsheim, 14. Nov. 1895.  
Groß. bad. Amtsgericht. **Dolken.** U 173

### Strafrechtspflege.

**Kadungen.**  
U 29.3. Nr. 19 312. Offenburg.  
1. Emil Haberstroß, geboren am 21. Oktober 1872 in Ruffbach, zuletzt wohnhaft in Tribeca.  
2. Elias Dörner, geboren am 6. August 1872 in Schonach, zuletzt wohnhaft dafelst.

werden beschuldigt, als Wehrpflichtige in der Abtheilung, sich dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte zu entziehen, ohne Erlaubniß des Bundesgebiet verlassen oder nach erreichtem militärpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten zu haben.  
Bergehen gegen § 140 Abs. 1 Nr. 1 Str. G. B.

Dieselben werden auf **Mittwoch den 8. Januar 1896, Vormittags 9 Uhr,** vor die Strafkammer des Groß. Land-gerichts Offenburg zur Hauptverhandlung geladen.

Bei unentschuldigtem Ausbleiben werden dieselben auf Grund der nach § 472 der Strafprozessordnung von dem Civiloorfendenden der Ergasskommission zu Triburg über die der Anlage zu Grunde liegenden Thatfachen angestellten Erklärung verurtheilt werden.  
Offenburg, den 8. November 1895.  
Groß. bad. Staatsanwalt: **Arnold.**

### Steinbruch-Berpachtung.

U 204. Nr. 1296. Die Groß. Bezirksforstei Rottensfels in Rastatt verpachtet **Mittwoch den 27. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr,** im Rathhause in Rottensfels Loo 1 des Stellung-Steinbruchs auf dem Geißberg auf 4 Jahre in öffentlicher Steigerung. Die Verpachtungsbedingungen liegen auf dem Geschäftsamt der Bezirksforstei zur Einsicht auf.

U 157 2. Nr. 1538. Baden. Bei der **Groß. Verordneten Stif-tungserhaltung in Baden** ist eine Gehilfenstelle mit einer Anfangsvergäl-tung von jährlich 1800 Mark und mit Aussicht auf etatmäßige Anstellung zu befehen.

Bewerber aus der Zahl der Finanz-assistenten, welche mit dem Staats- und Stif-tungsrechnungswesen vollständig vertraut sind, werden aufgefordert, sich unter Anfügung ihrer Dienstausweise bis zum **25. d. M.** zu melden.

Beantwortlich für den politischen und allgemeinen Theil: Chefredakteur Julius Kay; für den lokalen und provinziellen Theil: Th. Ebner; für das Feuilleton: Dr. R. Mittel; für den Anzeigentheil: B. Hafner. Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. Sämmtlich in Karlsruhe.